

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 A. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Jagstellen-Anzeigen bis 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Borch. Druck von E. H. Pfeiffer & Co., Heide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Killohlfstraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss 3002.

An die Arbeiterschaft aller Länder. Ein Appell an das Kulturgewissen der ganzen Welt.

Seit einem Jahre ist der Krieg zu Ende. Am 18. November hat Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen unterschrieben und am 28. Juni 1919 den Friedensvertrag anerkannt.

Ein Jahr ist verfloßen, seit der Kriegszustand zwischen Frankreich und Deutschland aufgehört hat, und noch immer schmachten über 400 000 Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft, zum allergrößten Teil deutsche Arbeiter, deutsche Proletarier.

Als am 9. November 1918 in Deutschland das alte Regime zusammengefallen war und eine aus Erwählten des arbeitenden deutschen Volkes bestehende Regierung an seine Stelle trat, war es eine ihrer ersten Taten, daß sie — noch vor der Unterschrift des Waffenstillstandsvertrages — die in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen, soweit sie sich nicht in Konzentrationslagern befanden, der deutschen Bevölkerung gleichstellte. Und als der Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet war, hat Deutschland trotz ungeheurer Transportchwierigkeiten seine Pflicht zur Ablieferung der in seinen Händen befindlichen Kriegsgefangenen in kürzester Zeit reiflos erfüllt.

Die deutschen Gewerkschaften haben auch vom ersten Tage an gegen die Deportation der belgischen Bevölkerung Protest erhoben. Und wenn sie die Deportation unter den damaligen Verhältnissen auch nicht haben verhindern können, so haben doch viele Hunderte von nach Deutschland geschleppten belgischen Arbeitern auf die Verwertung der deutschen Gewerkschaften hin in ihr Vaterland zurückkehren können. Die deutschen Gewerkschaften haben weiter ihren Einfluß dahin geltend gemacht, das Los der in Deutschland zwangsweise verbliebenen Belgier nach Möglichkeit zu erleichtern, und sie haben das nicht ohne Erfolg getan.

Trotzdem schmachten noch immer unsere Söhne und Brüder in französischer Kriegsgefangenschaft; noch immer ist der Zeitpunkt ihrer Rückkehr nicht festgesetzt — trotzdem Deutschland sich erbötig gemacht hat, mit eigenen Mitteln — wie es verpflichtet ist — und eigenen Arbeitern am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich mitzuarbeiten. Es gewinnt mehr und mehr den Anschein, daß die jetzt in Frankreich befindlichen deutschen Kriegsgefangenen nur dann erlöst werden können, wenn Deutschland — andere Gefangene dafür zur Verfügung stellt! Denn auf eine Eingabe der „Union Nationale“ der Architekten und Unternehmer Frankreichs hat der Minister der besetzten Landesteile erklärt, daß deutsche Architekten und Unternehmer nicht nach Frankreich herein gelassen würden. Die französischen Unternehmer haben weiter verlangt, daß ihnen deutsche Arbeiter zur Verfügung gestellt werden sollen. Die deutsche Kommission hat das — mit Recht — abgelehnt. — In Frankreich scheint aber offenbar die Meinung vorherrschend zu sein, daß im Gegensatz zu den klaren, rechtlichen Bestimmungen des Friedensvertrages Frankreich — als Sieger — nur zu befehlen und das besiegte Deutschland zu gehorchen hat — ohne Rücksicht auf Recht und Gerechtigkeit.

Die Tatsache, daß Deutschlands Söhne noch immer in französischer Kriegsgefangenschaft schmachten müssen, ist ein Schand- und Brandmal für die angeblich ritterlichste Nation der Welt, die französische Nation. Der Kampf gegen Wehrlose hat noch immer in der Welt als ein besonders hoher Grad von Brutalität und Feigheit gegolten. Das altromische »Vae victis« (Wehe dem Besiegten) wird hier zu einer Höhe der Vollendung getrieben, die ein blutiger Hofn auf alle moderne Kultur ist. Wir appellieren daher an das Kulturgewissen der ganzen Welt, daß es sich unserem Protest anschließt und das französische Volk daran erinnert, daß es auch ein Mindestmaß von Pflichten zu erfüllen hat, wenn es fernerhin zur Kulturgemeinschaft der Nationen gezählt sein will.

Es gewinnt fast den Anschein, als wolle die französische Regierung durch ganz besonders raffinierte Maßnahmen den völligen physischen und psychischen Zusammenbruch des deutschen Volkes herbeiführen. Denn darauf kommt die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen hinaus. Es kann den Leitern des französischen Staatswesens doch nicht verborgen sein, welche jeztlich vernichtenden Wirkungen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen sowohl auf diese als auch auf deren Angehörige in Deutschland und letzten Endes auf das ganze deutsche Volk ausüben muß.

Wir appellieren an das Kulturgewissen der ganzen Welt, mit uns seine Stimme zu erheben gegen die klar zutage liegende barbarische Absicht, ein ganzes Volk auf „friedlichem“ Wege ausrotten und zerstören zu wollen!

Wir fordern die Heimsendung unserer noch immer in französischer Gefangenschaft schmachtenden Söhne! Wir wenden uns insbesondere auch noch an die französischen Arbeiter und die französischen Gewerkschaften.

Wir weisen darauf hin, daß sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund bereits am 30. September d. J. an den Internationalen Gewerkschaftsbund mit der Bitte gewandt hat, zugunsten der deutschen Kriegsgefangenen bei der französischen Regierung vorstellig zu werden und daß der Internationale Gewerkschaftsbund tatsächlich eine in diesem Sinne gehaltene Eingabe am 7. Oktober an den Präsidenten Clemenceau gerichtet hat. Daraus ist bis heute eine Antwort nicht eingegangen. Statt dessen aber hat Herr Clemenceau die bekannte Rede gehalten, wonach Deutschland die Pflicht auferlegt werden soll, an Stelle der Kriegs-

gefangenen den französischen Unternehmern 900 000 deutsche Arbeiter zur Verfügung zu stellen — d. h. also: Deutschland erhält seine Kriegsgefangenen nur zurück, wenn es an deren Stelle andere Gefangene nach Frankreich entsendet!

Angesichts dieser Tatsachen fragen wir die französischen Arbeiter und insbesondere die französischen Gewerkschaften:

Seht ihr denn nicht, wie das französische Unternehmertum in trauter Gemeinsamkeit mit eurer Regierung die deutschen Kriegs-

Sorge entsteht, wird unsere Wirtschaftslage nicht besser, sondern schlechter. Die Arbeitsleistungen sinken, und der Anteil, den der einzelne erhalten kann, wird noch geringer, als er heute ist. Helfen kann uns nur eine Vermehrung der Güterherstellung; eine Vermehrung der Güterherstellung, die wir am nötigsten brauchen, die wir am leichtesten und vorteilhaftesten mit dem Auslande tauschen können, um eben das hereinzubekommen, was wir am dringendsten nötig haben: Brot, Fett, Fleisch, Wolle, Baumwolle, Leder und unentbehrliche Metalle. Sehr reich ist, wie führende ausländische Blätter unsere Wirtschaftslage und die Verbesserungsmöglichkeiten auffassen. Wenn das so ist, was der angesehene englische „Economist“ neulich schrieb, ... so unsere Leidenszeit nicht mehr allzu lange dauern. Wenn dieser Winter überstanden ist und wir alle vollauf unsere Pflicht tun, wird sich eine merklige Besserung zeigen.

Daß Deutschland sich erholen wird, so schrieb der „Economist“, bezweifeln wir nicht; daß diese Erholung im dringenden Interesse Europas liegt, steht gleichfalls fest. Deutschland hätte einen wahren Heißhunger nach echten Stoffen und Waren. Im Inlande könne er nicht befriedigt werden, weil das Geld zu sehr entwertet sei. „Noch einen Winter müssen sie sich mit Papier begnügen.“

Aus diesen Äußerungen ersehen wir, daß es die Geldentwertung ist, die uns einstweilen nicht aufkommen läßt. Genau besehen, ist aber die Geldentwertung nichts anderes als der Ausdruck unserer Armut. Sie läßt sich durch Geld nicht verbessern, sondern nur durch planvolle, umsichtige und ergiebige Arbeit. Wie sehr die Papiergeldmaschine gearbeitet hat, das mögen diese Zahlen veranschaulichen: Im Juli 1914 hatten wir etwa zwei Milliarden Noten ausgegeben, am 31. Oktober 1918 etwa 9,4, um die Mitte des Oktobers 1919 aber rund 42 Milliarden. Was lehren uns diese Zahlen?

Aus dem Einkommen der Bürger und Bürgerinnen konnte Deutschland seinen Finanzbedarf nicht decken, das Vermögen kann der Staat nicht einfach in Hauch und Bogen wegnehmen. Geld aber brauchte er. Er griff zu dem nächsten Mittel seiner Macht und druckte Geld. Damit verdünnte oder verwässerte er das schon vorhandene, oder in der Sprache des Tages: er verschlechterte das bereits im Verkehr befindliche. Aus den obigen Angaben ist zu entnehmen, daß die Verschlechterung des Geldes (schlechtes Geld betreibt gutes) einen großen Umfang angenommen hat.

Die Wirkungen der Geldverschlechterung kennen wir alle: Preiserhöhungen, Teuerungen in einem Ausmaße, wie sie die jetzt lebenden Menschen noch nicht gesehen hatten. Der Warenmangel tat das seinige hinzu. Außerdem war Deutschland jahrelang von dem Weltmarkt, von den Weltrohstoffen, abgeperrt. So sind wir wirtschaftlich heruntergekommen. Aber auch die am Riege nicht beteiligten Länder und die Sieger sind in eine Teuerung hineingekommen. Oktober waren die Preise in Holland etwa um 93, in Dänemark um 111, in England um 116, in Schweden um 157, in der Schweiz um 161, in Spanien um 60 u. S. gestiegen. Das kann gar nicht anders sein, denn der Warenmangel ist allgemein. Und dieser allgemeine Warenmangel kommt in der hier genannten Preissteigerung zum Ausdruck. In Deutschland ist die Verteuerung aber deshalb so besonders stark, weil es mehr Geld ausgegeben hat, als es nach dem Stande der Volkswirtschaft (nach der natürlichen Kaufkraft) hätte ausgeben dürfen. Die natürliche Kaufkraft richtet sich nach den vorhandenen Rohmaterialien und den genutzten Gütern (Maschinen, Werkzeugen, Lebensmitteln, Stoffen aller Art). Geld soll nur in dem Maße ausgegeben werden, als es zum Verkehr nötig ist; wird darüber hinaus Geld geschaffen, dann wird das vorhandene verdrängt oder entwertet. Es wird eine künstliche Kaufkraft geschaffen, und die treibt die Preise für die Lebenshaltung in die Höhe. Wenn zum Beispiel 12 Milliarden für die natürliche Kaufkraft nötig wären, würde alles Geld, was darüber hinaus ausgegeben würde, künstliche Kaufkraft sein. Also in unserem Falle wären 30 Milliarden über den natürlichen Bedarf ausgegeben. Das vorhandene Geld (beispielsweise 12 Milliarden Mark) wäre also allein durch die allzu große Ausgabe an Papiergeld ums Dreieinhalbfache entwertet. Rechnen wir dazu die allgemeine Verteuerung, dann kommen wir ungefähr auf eine Entwertung ums Dreieinhalbfache. Dann brüht das Mißtrauen, das viele in die Entwertung der deutschen Wirtschaft setzen, noch etwas auf den Wert des deutschen Geldes. Danach kann sich jedermann selber ungefähr ausrechnen, wie unser Geld gegenwärtig bewertet wird. Diese Aufstellung gibt genaueren Aufschluß:

	Friedenskurse	Anfang Nov. 1919
Berlin-Kopenhagen	88,89	13,60
Berlin-Stockholm	88,89	12,85
Berlin-Amsterdam	59,25	7,52
Berlin-Zürich	123,45	16,00

Das Mißtrauen des Auslandes, das sich in diesen Zahlen zeigt, ist darauf zurückzuführen, daß das Ausland die politische Lage für nicht genügend gefestigt und die massenhaften und langen Streiks als für die deutsche Wirtschaft gefährlich ansieht.

Was wir demnach brauchen, ist die Festigung der politischen und wirtschaftlichen Lage; Ruhe und Ordnung sollert uns dazu verhelfen. Wie aber ist ein geordneter Gang der Wirtschaft möglich, und wie ist eine ergiebige Güterherstellung zu er-

So sollst du sein ...

Von Ernst Preczang.

So sollst du sein, wie der Weihnachtsbaum, Wenn dich Wetter und Stürme geschlagen: Grad aufwärts recke dich in den Raum, Und freudiges Licht sollst du tragen. Im Auge den Glanz und im Herzen die Gut, Auf den Gipfen die Worte, die hellen — Daß um dich erwachen die Quellen Der Seelen in heiterem Mut.

So sollst du sein, wie der Weihnachtsbaum, Der Ernte froher Verkünder: Wie aus dem Märchen, wie aus dem Traum Die Frucht wächst für hungrige Mäuler. Wie lachender Apfel und goldene Nuß Dem gläubigen Schaffern winken Und verheißende Sterne blinken In der Tage rauschenden Fluß.

So sollst du sein, wie der Weihnachtsbaum: Gelassen die Zweige spreiten Und über die Jugend den silbernen Schaum Warmlichtelnder Hoffnung breiten. Aus buntem Flitter und blinkendem Tand Aufzubrech den männlichen Willen: Mit Schönheit die Welt zu erfüllen, Mit schmückenden Wundern das Land.

So sollst du sein, wie der Weihnachtsbaum: Von allem Hasse geschieden, Im kleinen Kreise, im engen Raum Ein ruhiges Bild von Frieden. Ein Bild der Kraft und der Zuversicht, Bereit, alle Früchte zu spenden Und zagende Trübsal zu wenden In Freude, Schönheit und Licht.

gefangenen, euere Klassengenossen, zurückhält, nur zu dem Zweck, um sich aus der Sklavenarbeit der Kriegsgefangenen die Taschen zu füllen?

Seht ihr nicht, wie die deutschen Kriegsgefangenen zugleich auch dazu mißbraucht werden, um euere eigenen berechtigten Forderungen niederzuhalten, daß sie, die Kriegsgefangenen, gebraucht werden, um sie gegen euch auszunutzen zu können, wenn ihr es wagen wölltet, einen gerechteren Anteil am Ertrage eurer Arbeit zu fordern!

Wenn ihr das einseht — und ihr müßt ja erkennen, daß es so ist —, dann richten wir an euch, französische Arbeiter und Klassengenossen, die ganz besondere Aufforderung, uns in unserem Kampfe um die Befreiung unserer gefangenen Brüder wirksam zu unterstützen.

Wenn ihr das nicht tun wollt, dann fällt auf euch die Verantwortung dafür, daß in der Weltgeschichte das französische Volk den Namen und Ruf einer Kulturnation für immer verliert!

Wir appellieren aber auch an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der ganzen Welt, mit den deutschen Arbeitern gemeinsam ihre Stimmen zu erheben zum Protest gegen die ungeheure Vergeßlichkeit des deutschen Volkes und die rohe Barbarei der französischen Machthaber.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund. R. Begien.

Umgestaltung und Anpassung.

Seelische und leibliche Noie bedrücken das deutsche Volk. So vom September 1916 an war Schmalhans Küchenmeister in vielen deutschen Familien. Drei volle Jahre entbehrien große Volksteile das Nötigste. Mit der Ernährung ist es jetzt — ein Jahr nach dem Waffenstillstand — da und dort ein klein wenig besser geworden, um so drohender aber ist die Wohnungs- und Kleidungsnot. Ja, die Kleidungsnot: der erste Anzug wird gewendet, der zweite wird gewendet. Ein dritter ist nicht da. Frau und Kinder melden sich! Kurz, die Kleidungsnot macht vielen unter uns große Sorgen. Und es ist nicht abzusehen, wann sich der Wert des deutschen Geldes hebt, wann wir wieder Kleidung kaufen können. Eines schönen Tages muß aber doch wieder ein neuer Anzug, ein neues Kleid her. Zwei, drei, geradezu beängstigend bedrückend diese Sorge das Gemüt des Haushaltsvorstandes. Was aber bewirkt die Sorgen?

Die Sorgen haben noch keinen Menschen groß gemacht! Sie bedrücken und belasten die Seele, sie mindern die Arbeitsfreudigkeit und die Arbeitsfähigkeit. Durch den Kummer, der aus der

reichen? Diese Fragen sind heute die wichtigsten Lebensfragen Deutschlands.

Aus dem bereits Ausgeführten ergibt sich die Beantwortung: Die Ueberwälzung mit Papiergeld muß nach und nach beseitigt werden, und es müssen mehr und wertvollere Güter als bisher hergestellt werden; die wilden und unüberlegten Streiks müssen verhindert werden, damit die Güterherstellung rascher vor sich gehen kann.

Zur Verhütung der Streiks wird neuerdings eine besondere Art der Entlohnung gefordert. Für die Beamten hat der jetzige Reichsgerichtsrat Zeiler schon vor einiger Zeit diese Art der Gehaltszahlung gefordert. Daß die Gehälter der Beamten den gestiegenen Preisen für die Lebenshaltung möglichst angepaßt werden müssen, bedarf wohl keines besonderen Beweises.

Die neue Art der Lohnzahlung stammt aus England. Eine englische Firma berichtet darüber: Monatlich am ersten Wochentag, der auf die Ausgabe der „Labour Gazette“ folgt, soll der Lohn steigen oder fallen gemäß den festgestellten Lebensunterhaltungskosten, im Vergleich zu den Lebensunterhaltungskosten von Juli 1914. Der Standardlohn für Heimarbeiter soll betragen:

bei einer Steigerung der Lebensunterhaltungskosten um	Lohnbetrag im Vergleich zum Kriegslohn
125 Prozent	125 Prozent
115 „	115 „
105 „	105 „
95 „	95 „
85 „	85 „

und so im Verhältnis aufwärts oder abwärts.

Der Lohn soll aber erst geändert werden, wenn die Preise um 10 v. H. aufwärts oder abwärts gefallen sind. Für die Beamten müßte vielleicht eine etwas längere Zeit für das Steigen und Fallen des Gehalts angelegt werden. Bevor aber in Deutschland eine derartige Zahlungsweise eingeführt wird, muß die Preis- und Lohnstatistik besser ausgebaut werden. Für diesen Zweck sind 500 000 Mk. bewilligt, und das reichsstatistische Amt hat die Arbeiten für eine Statistik der Preisbewegung begonnen. Sie soll die Unterlagen zur Schaffung von örtlichen Bedürfnisklassen bilden, ohne die eine gesunde Entwicklung des Tarifvertragswesens nicht denkbar ist. Auf Grund der Statistik wird sich die Berechtigung von Lohnforderungen jederzeit prüfen und ein gerechter Ausgleich der Löhne ermöglichen lassen.

Diese Vorschläge klingen außerordentlich vernünftig. Und doch, dabei wird einiges übersehen. Die Statistik der Preisbewegungen wird manche neue Einsicht in das Getriebe der Volkswirtschaft bringen; ob aber die erwartete Anpassung der Löhne und Gehälter an die Preissteigerungen allein die erwarteten Wirkungen auslösen wird, das ist fraglich. Deutschland ist arm geworden, und aus dieser Armut kann es nur durch die Anwendung und zweckmäßige Ausnutzung aller seiner Kräfte kommen. Gewiß, wenn die wilden Streiks und die Unruhen auf ein Mindestmaß zurückgehen werden, so ist damit vieles gebessert. Ja, soweit die neue Art der Entlohnung hierbei mitwirkt, bedeutet sie schon etwas. Aber man darf den Kernpunkt bei der ganzen Sache nicht übersehen. Im allgemeinen würde eine schroffe Anpassung zu einer Verteuerung der Güterherstellung führen. Der Fabrikant oder Gewerbe- und Handeltreibende würde die höheren Gehälter und Löhne in die Herstellungskosten einberechnen, der Verbraucher müßte sie bezahlen. Der Verbraucher würde entsprechend der gestiegenen Kosten für den Lebensunterhalt höhere Löhne und Gehälter fordern. Einer würde den andern treiben, eine Schraube ohne Ende wäre da.

Betrachten wir doch einmal, wie die Dinge tatsächlich heute vor sich gehen. Gehalts- und Lohnsteigerungen werden durchgesetzt. Zunächst freut sich der damit Bedachte: er kann jetzt mehr einkaufen als früher. Kaum aber ist dies möglich, da beginnt der Händler schon mit seiner Ware aufzuschlagen, und bald ist der alte Zustand wieder da: die Gehalts- oder Lohnsteigerung ist in den Wind verfliegen, die vermehrte Kaufkraft ist weg. Der Händler, der Güterhersteller hat sie.

Was wir alle wünschen und fordern müssen, ist, daß die Kaufkraft des Geldes wieder zunimmt, daß die Rationalisierung bald fällt. Nicht, daß wir viel Geld bekommen, sondern daß wir für unser Gehalt oder unseren Lohn etwas Ordentliches kaufen können. Neben der Beseitigung der Ueberwälzung mit Papiergeld gibt es da nur: das eine wirksame Mittel: Vermehrung der Güterherstellung, größere und wertvollere Ausfuhr an Fertigfabrikaten zu angemessenen Preisen. Keine Verschleuderung des deutschen Volksgutes (kein Dumping, wie die Engländer und Amerikaner sagen), keine Verschleuderung der deutschen Arbeitskraft, sondern Ausfuhr von Fabrikaten, deren Rohstoffe wir im Inlande haben oder die wir vorher eingeführt haben und die wir zur Not entbehren können. Wie man diese Dinge auch drehen und wenden mag, das letzte und Hauptmittel ist: die Schlüsselindustrien (Bergbau, Elektrizität u. a.) zu heben, die Verkehrsmittel auf einen besseren Stand zu bringen, die Landwirtschaft wieder in den Stand zu setzen, wie es nach dem neuesten Stand der Betriebslehre möglich ist. Die nacharbeitenden Industrien und Gewerbe (die Holz- und Fertigfabrikate herstellen) können sich dann wieder herausarbeiten.

Die Anpassung der Löhne und Gehälter an die allgemeinen Preise für die Lebenshaltung soll nicht unterschätzt werden. Die geplante Statistik kann die Grundlage für eine gleichmäßigere, gerechtere Entlohnung geben. Nur vor trügerischen Hoffnungen muß gewarnt werden. Löhne und Gehälter müssen in einem bestimmten Verhältnis zur Arbeitsleistung (zur Ertragsleistung der Arbeit) stehen. Ein Verhältnis herauszufinden und anzuwenden, das dem Kapitalisten und Arbeiter den größten Ertrag bringt und dabei doch auch dem Unternehmer läßt, was es zu einer erfolgreichen Produktion braucht, das ist es, worauf es ankommt. In diesem Sinne mag das englische Muster angewandt werden. Dabei wird die deutsche Volkswirtschaft insgesamt vorwärts kommen. Kein Betriebsführer wird den Kopf schütteln, auf dem er sitzt. Unser Ziel ist, die deutsche Volkswirtschaft im allgemeinen zu heben. Dazu kann die Anpassung der Löhne und Gehälter an die allgemeinen Kosten der Lebenshaltung sehr viel beitragen. Ziel läßt sich in der deutschen Wirtschaft verbessern: die Legehühner, die Arbeiter, die bessere Organisation der Betriebe, der Handel und die Landwirtschaft. In vielen kann eine größere Wirtschaftlichkeit erreicht werden. Die Ausnutzung der Kräfte, des

Wassers, der Elektrizität ist noch viel mehr möglich, als dies heute der Fall ist. Diese Dinge brauchen allerdings eine gewisse Zeit, aber die uns heute schon bekannten Verbesserungsmöglichkeiten dürfen und müssen den Willen und die Kraft stärken, das Unvermeidliche rascher zu überwinden. Unseren Angehörigen und Arbeitern soll nichts beschönigt werden, sie sollen die Verhältnisse sehen wie sie sind. Ihnen falsche Hoffnungen einzureden, wäre ein Verbrechen. Ihnen aber den verdienten Lohn vorzuenthalten, wäre eine der sieben himmelschreienden Sünden. Was an Verbesserungen noch getan werden kann, muß bald geschaffen werden. Unmögliches zu verlangen, wäre ein Verbrechen am Volke, das Mögliche aber zu unterlassen, käme dem Selbstmord gleich.

Den Lebensweg wollen wir verkürzen, darauf müssen alle unsere Bestrebungen hinausgehen. Diesem Zwecke sollen auch diese Zeilen dienen!

Für oder gegen?

Mit dem Artikel in Nr. 49 des „Proletariats“, der diese Ueberschrift trägt, kann ich mich nicht einverstanden erklären. Ich bin durch ihn nicht zu der Ueberzeugung gekommen, wie der Verfasser, daß sich das Ringeln in der Lage zugunsten der Akkordarbeit neigt. Und wenn der Verfasser es fertig gebracht hätte, was er zu Anfang schreibt, die Akkordfrage nach allen Seiten hin zu untersuchen, dann wäre auch er nicht zu seinem Resultat gekommen.

„Heute ist die Frage der Akkordarbeit eine Frage der Allgemeinheit, des öffentlichen Interesses, der Volkswirtschaft überhaupt“, heißt es. Und der Artikelschreiber kommt zu dem Schluß, daß die Einführung der Akkordarbeit ein Hilfsmittel sei, um uns aus den jammervollen Zuständen herauszuführen.

Und ich glaube, daß die Akkordarbeit eine Frage der Allgemeinheit, eine Frage der Volkswirtschaft ist. Ich komme aber zu dem gegenteiligen Schluß. Nämlich, daß die Akkordarbeit im Interesse der Allgemeinheit, im Interesse der Volkswirtschaft verboten werden mußte.

Ganz richtig schreibt der Verfasser, daß für die Arbeiter Aussicht auf Mehrerwerb nur so lange besteht, wie der Arbeiter körperlich und geistig imstande ist, den erhöhten Anforderungen der Akkordarbeit gerecht zu werden. Und daß die Akkordarbeit nur dem gesunden und vollwertigen Arbeiter Nutzen verspricht.

Angesichts der miserablen Ernährung wird die Gesundheit und körperliche Vollwertigkeit wohl sehr viel zu wünschen übrig lassen. Für diese Arbeiter, die zum größten Teil die vierjährigen Kriegstrappen bei Marmeladebrot mitgemacht haben, die unterernährt entlassen wurden und dann erst recht zum Hungern verurteilt wurden, würde die Akkordarbeit zur Katastrophe werden, und das Sprichwort: „Akkord ist Akkord“, welches zu normalen Zeiten geprägt wurde, würde zur traurigen Wahrheit werden. Auch der Artikelschreiber weiß, daß körperlich und geistig nicht vollwertige Arbeiter Aussicht auf Mehrerwerb für längere Zeit nicht haben, daß sie vielmehr Gefahr laufen, viel früher auf den Aussterbeplatz gesteckt zu werden.

Nein, nicht im öffentlichen Interesse, nicht im Interesse der Volkswirtschaft liegt es, wenn etwas mehr gearbeitet wird, dafür aber Ruinbau an der Volksgesundheit getrieben wird. Die zwei Millionen Menschen, die uns der Krieg geloset hat, und die 25 000, die uns noch links-rechtlichen Blättern bisher die Erhaltung dieser Schwartform geloset hat (Die Opferpartialisierter Taktik, D. Red.), sind wohlwollig genug. Und wir sollten uns hüten, durch die „Akkordarbeit“ dieser Wirtschaftswirtschaft noch weitere Menschenopfer zu bringen.

Für den Artikelschreiber ist dann noch ein weiterer Punkt vorhanden, der für die Akkordarbeit spricht, und zwar liegt er auf erzieherischem Gebiet. Ich glaube, daß die Akkordarbeit nicht erzieherisch, sondern verzerrend wirkt. Durch die Akkordarbeit wird der Egoismus des einzelnen geweckt, er will mehr verdienen als der andere; die Folge ist eine Dreibeerei, und der laßende Drist ist der Unternehmer, er führt den Akkord. Man sage ja nicht, daß das in Zukunft anders wäre; denn die Unternehmer haben von ihrer Macht fast nichts eingebüßt.

Wenn dann der Artikelschreiber sogar glaubt, daß der ehrliche Wille zur Arbeit nicht vorhanden ist, weil es ganz natürlich ist, daß selbst der fleißigste und arbeitswolligste Mensch schließlich müde wird, wenn sein Nebenmann bei bedeutend geringeren Leistungen den gleichen Lohn erhält.

Nein, wenn der ehrliche Wille zur Arbeit fehlt, so liegt das nicht daran, weil ein anderer etwas weniger arbeitet, sondern weil an gewissen Stellen es auch am nötigen Arbeitswillen gebricht hat und noch fehlt. Weil eben dadurch, daß an manchen Stellen der Arbeitswille fehlt, es jetzt noch möglich ist, daß ein Mensch für keine oder fast keine Leistungen einen viel höheren Lohn einheimt als der fleißigste Arbeiter. Sollen wir auch hier mal das Kind beim richtigen Namen nennen, weil die Arbeiter nicht mehr Mehrwert für die Unternehmer, Mehrwert für die Aktionäre schaffen wollen, deshalb fehlt der Arbeitswille. Und wenn der Aktionär für sein Risikostück 20, 30 Prozent oder noch mehr einheimt, ja dann braucht man sich nicht wundern, wenn dem Arbeiter der ehrliche Wille zur Arbeit fehlt.

Ob nun durch die Akkordarbeit dieser ehrliche Wille zur Arbeit erregt wird, ist für mich recht zweifelhaft. Daß es Arbeiter gibt, die ihr gegenwärtiges Geld durch die Akkordarbeit vermindern wollen, selbst auf Kosten ihrer Gesundheit und ihrer Lebensdauer, ist gewiß. Aber genau so wie dieser Staat das Eigentum seiner Bürger schützt, genau so gut sollte er auch jedem das Eigentum, das ein jeder in seiner Gesundheit besitzt, schützen, selbst wenn es derselbe für momentane Erträge opfern wollte. Solch momentaner Erfolg ist für den Arbeiter die Akkordarbeit. Sie ist aber ein Ruinbau an seiner Gesundheit. Jeder Ruinbau führt aber zur Katastrophe. Und es ist ein schlimmes Zeichen der Zeit, wenn in einem Gewerkschaftsblatt für die Akkordarbeit eingetreten wird und damit die Zustimmung gegeben wird, daß mit der Volksgesundheit Ruinbau getrieben wird.

Um uns von diesen jammervollen Verhältnissen herauszukommen, bedarf es ganz anderer Hilfsmittel.

@@@ Aus der Industrie @@@

Chemische Industrie

Gemeinsame Kali-Arbeiterkonferenz.

Von den in der Kaliindustrie in Betracht kommenden Organisationen war zu Sonntag, den 7. Dezember, in Hannover im Nordstädter Gesellschaftsraum eine gemeinsame Kaliarbeiterkonferenz einberufen. Die Konferenz war von über 200 Arbeiterausführungsmittgliedern sämtlicher Kaliverwerke der Bezirke Hannover, Göttingen, Hildesheim und Braunschweig besetzt. Gegenstand der Beratung war der von den Kaliverwerksbesitzern eingereichte Lohnantrag. Nach den gegebenen Berichten über die bisherigen Verhandlungen mit den Kaliverwerkseigenen in Berlin setzte eine lebhaft diskutierte ein. Bei allen Diskussionen kam deutlich zum Ausdruck, daß sich die Kaliarbeiter mit den von den Unternehmern gemachten Zugeständnissen nicht einverstanden erklären können. Hauptgegenstand der bisher schlichtestgestellten Arbeiterkategorien, die ungelerneten Uebertragungsarbeiter, müssen die jetzt vorgelegene Entlohnung als ungenügend bezeichnen, und hoffen, daß bei den Schlussverhandlungen am 16. d. M. in Berlin die Unternehmer noch Zugeständnisse machen. Die Bergarbeiter sollen wohl den Uebertragungsarbeitern gegenüber besser gestellt sein, doch dürfen diese Uebertragungsarbeiter nicht zu groß sein.

Neben der Tariffrage beschäftigte man sich auch mit der Kohlennot und dem Mangel an Eisenbahnwagen. Viele Kaliverwerke

und Fabriken liegen still, andere wieder müssen Feuerlöcher einlegen, weil es an Kohlen und Waggons fehlt. Die Kaliarbeiter verlangen von der Regierung bessere Belieferung mit Kohlen und Waggons und richten an die Kohlenbergleute und die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten den dringenden Appell, angesichts der großen Not selbst vor einigen Ueberwachungen und vor Akkordarbeit nicht zurückzuschrecken.

Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 7. Dezember in Hannover tagende Konferenz der Arbeiterausführungsmittel der gesamten hannoverschen und braunschweigischen Kaliverwerke bedauert sehr, daß die Kaliindustrie nicht besser mit Kohlen versorgt wird und zum Einlegen von vielen Feuerlöchern, ja sogar zur Stilllegung ganzer Werke verurteilt ist. Kali als Düngemittel braucht aber nicht nur die deutsche Landwirtschaft in noch höherem Maße als bisher, sondern auch das Ausland schmachtet danach und würde jährlich für viele hundert Millionen Mark Kalisalze beziehen, wenn wir mehr Kohlen und Waggons hätten. Dadurch wäre es möglich, mehr Lebensmittel und Bedarfsartikel aus dem Auslande zu beziehen und die Baluta zu heben. Die Konferenz ersucht daher die Regierung dringend, der Kaliindustrie mehr Kohlen zu beschaffen und mehr Eisenbahnwagen zum Abtransport der Produkte zu stellen. An die Arbeiter der Kohlengruben und Eisenbahnwerkstätten appellieren die Kaliarbeiter, nach Kräften dahin zu wirken, daß angesichts der großen Kohlennot und des Wagenmangels auch sie vor einseitigen Ueberwachungen und in Eisenbahnwerkstätten auch vor Akkordarbeit nicht zurückzuschrecken. Im Bergbau ist die Akkordarbeit stets beibehalten worden.“

Arbeiter des Kohlenbergbaues und der Eisenbahnbetriebe! Helft uns durch Lieferung von mehr Kohlen, Waggons und Lokomotiven! Dann können wir durch stärkere Kalilieferung die Herbeischaffung von mehr Lebensmitteln ermöglichen. Einer für alle, alle für einen. Daß muß angesichts der großen Not unsere gemeinsame Parole sein.“

Papier-Industrie

Die Entlohnung der Maschinensführer.

Der Artikel unter obiger Ueberschrift in Nr. 46 des „Proletariats“ hat einige Kollegen veranlaßt, ihre Meinung darüber durch Zuschriften an die Redaktion zum Ausdruck zu bringen. Diese Zuschriften alle im „Proletarier“ zu veröffentlichen, ist wegen Raummangels nicht möglich. Eine Veröffentlichung ist auch dann nicht angebracht, wenn Kollegen ihre Kritik auf das persönliche Gebiet hinüberleiten, wie dieses in zwei Fällen geschieht.

Alle Kollegen erklären sich mit den Ausführungen des Maschinensführers Kollegen St. im allgemeinen einverstanden. Ihre Kritik richtet sich vorwiegend gegen die Ausführungen des Kollegen Stähler, die dieser zu dem Eingangs gemacht hatte. Soweit die geübte Kritik sachlich gehalten ist, soll sie veröffentlicht werden, aus den anderen Zuschriften können wir leider nur einige Auszüge veröffentlichen.

Ein Kollege aus der Papierfabrik Büxow schreibt, daß in den Tarifen keine zweideutigen Paragrafen aufgeführt werden dürfen, da sonst die Arbeiterschaft unter allen Umständen hinter das Licht geführt würde. Der Kollege behauptet weiter, daß im Tarifvertrag für Mecklenburg und Pommern der Lohnunterschied zwischen Maschinensführer und Gehilfen nur 5 Pf. pro Stunde betrage. Beide Angaben entsprechen nicht den Tatsachen. Auf Veranlassung der dortigen Maschinensführer wurde die tarifliche Entlohnung derselben im Vertrage überhaupt nicht festgelegt, weil die Lohnunterschiede und die Entlohnungsart der Maschinensführer derartig verschieden war, daß absolut keine Möglichkeit bestand, die Löhne der Maschinensführer auf eine einheitliche Formel zu bringen. Die Kritik an diesem Tarifvertrag mutet recht eigenartig an, wenn man weiß, daß in einigen Betrieben die Arbeiterschaft selbstständig und mit Zustimmung der Maschinensführer die berühmte Einheitsentlohnung eingeführt hatte, wonach der Maschinensführer genau denselben Lohn erhält wie der Hofarbeiter. Die Kollegen hatten da teilweise Tatsachen geschaffen, die ihren heutigen Ansprüchen gerade entgegenkamen. Unter solchen Verhältnissen blieb der Verhandlungskommission, an der aus jedem Betriebe mindestens zwei Arbeiterausführungsmittglieder, darunter mehrere Maschinensführer, beteiligt waren, nur folgender, im Vertrage festgelegter Ausweg übrig: „Papiermaschinenführer erhalten die bisherigen Bezüge zuzüglich der für andere Kategorien festgesetzten Zuschläge.“ Diese Zuschläge richteten sich nach der Erhöhung der Grundlöhne für ungelernete Arbeiter und betragen pro Jahr 10 bis 70 Pf., je nach der bestehenden Lohnhöhe in den Betrieben bei Abschluß des Vertrages. Daraus geht deutlich hervor, daß die Maschinensführer mindestens den Lohnaufschlag der übrigen Gruppen erhalten mußten. Infolgedessen ist ein Lohnunterschied von 5 Pf. pro Stunde zwischen Maschinensführer und Gehilfen vollständig ausgeschlossen.

Noch etwas unsachlicher wird ein Kollege aus der Kartonfabrik Hohenwarte. Den Mangel an Sachlichkeit ersetzt er dafür durch ein grobes Wortgeschütz. Er behauptet, daß die Maschinensführer durch die Tätigkeit der Gewerkschaftsangehörigen längst unter die „Räder“ gekommen seien und daß diese die Tätigkeit der Maschinensführer nicht kennen oder nicht kennen wollen. Den Kollegen Stähler fragt er, ob er glaubt, daß die Unternehmer wegen einer gerechten Entlohnung der Maschinensführer nicht mehr lebensfähig seien, solange sie noch 1000 Mk. und mehr im Monat für Leute ausgeben, die nichts dafür leisten. Nun ist aber vom Kollegen Stähler die Berechtigung einer ausreichenden Entlohnung der Maschinensführer gar nicht bestritten, im Gegenteil ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Leistung der Maschinensführer entsprechend besser entlohnt werden müßte, aber nicht auf Kosten der übrigen Arbeiterschaft, wie dieses früher der Fall war. Durch jahrelange praktische Tätigkeit in Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffabriken hat der Kollege Stähler auch die Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeiterkategorien und damit auch die der Maschinensführer schätzen gelernt; der Vorwurf, daß er nichts von der Fabrikation versteht oder verstehen will, lautet deshalb ganzlich daneben. Kein Fachmann wird die Verantwortung und die aufreibende Tätigkeit der Maschinensführer verdamnen und ebensowenig über den erheblich größeren Verschleiß an gutem Schweiß und Nervenstücken hinwegsehen können und infolgedessen auch dem Maschinensführer die bessere Entlohnung gönnen.

Die überhöhte Aufforderung, der Kollege Stähler möge aus Solidaritätsgefühl auf sein hohes Gehalt zugunsten eines schlecht entlohnten Kraftstellenleiters verzichten, hätte sich der Kollege erheben können, ebenso wie den Vorwurf des Hasses, der aus den Ausführungen Stählers hervorgeht, nicht erheben können. Seit jetzt ist der Kollege Stähler als Maschinenführer auf Grund ihrer guten gewerkschaftlichen Organisation sich berechnete Lohnhöhen erzwingen haben, die hinter dem Gehalte unserer „Gewerkschafts-konzen“ nicht zurückbleiben. Infolgedessen erscheint der Vorwurf der hohen Gehälter der Gewerkschaftsangehörigen recht geschmacklos, wenn dabei berücksichtigt wird, daß viele derselben Tag und Nacht zur Vertretung der Interessen unserer Kollegen auf den Weiden sind. Der Hohenwarter Kollege kommt deshalb auch nicht in den Verdacht, seinen Vorwurf auf Grund einer sachlichen und wohlwollenden Prüfung erhoben zu haben. Wenn der Hohenwarter Kollege weiter behauptet, daß „die Maschinenführer schon früher überall, wo die Organisation Fuß gefaßt hatte, sich der Organisation angeschlossen hätten“, so entspricht diese Auffassung nicht den Tatsachen. Im Gegenteil waren die Maschinenführer nur schwer für den Verband zu gewinnen, weil sie von den Unternehmern als Angestellte bezeichnet wurden und in der Entlohnung stets weit über der übrigen Betriebsarbeiterschaft standen. Der Kollege St. ruft deshalb auch seinen Berufscollegen in seinem Eingekleideten zu, das sich auch der Kollege aus Hohenwarte zu eigen gemacht hat: „Das Vertrieben hat keinen Zweck mehr, deshalb an die Front!“

Von einer gerechten Sachlichkeit ist die Aufschrift des Kollegen Tamm begleitet, der sich ebenfalls gegen die Ausführungen des Kollegen Stähler teilweise wendet. Wir bringen deshalb diese Ausführungen ungekürzt zur Kenntnis unserer übrigen Berufscollegen. Kollege Tamm schreibt:

„In dem Artikel in Nr. 46 möchte ich anführen, daß der Kollege St. in seinen Ausführungen vielen seiner Berufs- und Leidensgenossen aus der Seele gesprochen hat und vielseitige Anerkennung finden wird. Ich möchte wünschen, daß recht viele Kollegen sich dieser Sache eifrig widmen möchten. Es ist nicht Neid und Mißgunst, was dem Maschinenführer die Veranlassung zu dieser Klage gibt, sondern eifrige Notwendigkeit, wozu er vollständig berechtigt ist.“

Die Auffassung des Kollegen St. in seinem Artikel über die Maschinenführer, kann ich nicht ganz teilen. Sind die Maschinenführer organisiert, so stehen denselben die gleichen Rechte der Organisation zu, die jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin zu gleichen Teilen genießt. Ich finde das Verhalten des Genossen recht merkwürdig, wenn von den Maschinenführern kann ich nicht ganz teilen. Sind die Maschinenführer einem Artikel ihrem gequälten Herzen Luft machen, daß die Leiter der Organisation mit demselben über früher begangene Fehler zu Gericht sitzen wollen. Aus diesem Artikel ist zu entnehmen, daß die Maschinenführer für ihr früheres Verhalten, für ihre frühere Schlafmüdigkeit jetzt zu büßen haben. Wenn es heißt: der Zweck der gewerkschaftlichen Organisation ist nun allerdings, nicht nur die Lage der Maschinenführer zu verbessern und deren Löhne auf doppelter Höhe wie die der übrigen Arbeiterschaft zu halten usw. Es darf die Kollegen nicht wundernehmen, daß in dem böhmisches Gruppentarif für Maschinenführer ein Stundenlohn von 2,20 Mk. zu finden ist, wenn die Gewerkschaftsleiter und leitenden Stellen mit bezahlten Grundlohn die Sache geleitet haben.

Als Vertreter der Arbeiterschaft kann ich feststellen, daß im hiesigen Betrieb und auch soweit ich andere Betriebe kenne, von der Arbeiterschaft nicht verlangt wird, daß die Maschinenführer zugunsten ihrer Mitarbeiter auf jede Sonderstellung in der Entlohnung verzichten.

Wir Maschinenführer sind nun allerdings der Ansicht, daß es unter den Gewerkschaftsleitern nur wenige geben wird, welche sich auf den gleichen Standpunkt stellen, als es Genosse G. St. hier kundgetan hat. Die Gewerkschaftsleiter haben doch allen Grund, ihr Augenmerk darauf zu richten, die Organisation hochzuhalten und für jeden Kollegen zugänglich zu machen.

Diese Zeilen sind aber angeht, ein Schlaglicht auf die gewerkschaftliche Organisation zu werfen, zumal in einer Zeit, wo die Organisation von verschiedenen Seiten angegriffen und bekämpft wird und wir organisierten Arbeiter, die für die Organisation eintreten, schwer zu leiden haben.

Auf diese Ausführungen des Kollegen Tamm ist zu erwidern, daß der Fehler vieler Maschinenführer darin liegt, daß ihnen die Interessen ihrer übrigen Mitarbeiter in früheren Jahren gleichgültig waren. Infolgedessen blieben diese Kollegen und Kolleginnen mit ihren Löhnen weit hinter denen der Maschinenführer zurück. Wenn wir diese Tatsache festgestellt haben, so soll damit absolut über die begangenen Fehler der Maschinenführer nicht mehr zu Gericht gesehen werden. Der Hinweis erfolgt nur, um die heute geringeren Lohnabstände den Maschinenführern begreiflich zu machen. Daß dieselben teilweise auf die früher bis 100 Prozent betragende Lohn Differenz erfolgt ist, liegt in den früheren Lohnabständen begründet. Und wenn heute noch Kollegen auf einer um 100 Prozent höheren Bezahlung wie die ihrer Gehilfen bestehen, wie dieses erst kürzlich in einer Papierarbeiterkonferenz in Chemnitz von einem Maschinenführer erfolgt ist, so muß ein solches Verhalten als wenig solidarisch bezeichnet werden. Den Maschinenführern kann es im Interesse einer friedlichen Zusammenarbeit mit der übrigen Arbeiterschaft nicht gleichgültig sein, wie diese entlohnt wird. Im Interesse der Organisation liegt es, daß die Wünsche aller ihrer Kollegen berücksichtigt werden. Deshalb hat sich auch der Kollege Stähler nicht gegen eine bessere Bezahlung der Maschinenführer gewandt, wohl aber hat er Stellung dagegen genommen, daß diese Entlohnung auf Kosten der übrigen Arbeiter sich vollziehen soll. Bei der Beurteilung der Höhe der tariflich festgelegten Löhne muß immer wieder der vor dem Tarifabschluß bestehende Lohn berücksichtigt werden. Es ist selbstverständlich viel leichter, in einem Betriebe, wo die Arbeiterschaft die gewerkschaftlichen Vorarbeiten seit Jahren erleidet hat, angemessene Löhne herbeizuführen, als die Löhne sehr rückständiger Betriebe mit einem Schlage auf dieselbe Höhe zu bringen. Als Beweis dafür mag folgendes Beispiel dienen. In einer schlesischen Fabrik entlohnt die Firma heute noch ihre Arbeiter mit einem Stundenlohn von 75 Pf. Wenn es bei dieser Firma gelingen sollte, die Löhne auf 1,50 Mk. pro Stunde zu erhöhen, so bedeutet dieses für die dortigen Arbeiter einen vollen Erfolg, für die Allgemeinheit gilt aber auch diese Entlohnung noch als außerordentlich niedrig. Bei dem Abschluß von Gruppentarifen gibt es aber leider immer noch eine ganze Anzahl Betriebe, die durch die Gleichgültigkeit ihrer Arbeiter in der Entlohnung hinter anderen Fabriken weit zurückgeblieben sind. Diese Betriebe mit ihrer niedrigen Entlohnung sind dann der Hemmschuh bei weiteren Tarifabschlüssen.

Außerdem soll nicht vergessen werden, daß die Tariflöhne als Mindestlöhne aufgestellt werden müssen. Die Arbeitsleistung ist nicht in jedem Betriebe gleich. Nehmen wir einmal die Maschinenführer als Beispiel. Die Leistung eines Maschinenführers an einer langsam laufenden Maschine mit einer Ge-

schwindigkeit bis zu 50 Meter in der Minute kann nicht verglichen werden mit einer Maschinenbedienung bei 100 Meter, und noch viel weniger mit einem Schnellläufer bis zu 200 Meter und darüber. Bei der tariflichen Regelung können aber die besonderen Verhältnisse der einzelnen Betriebe nicht berücksichtigt werden. Die festgelegten Löhne gelten vielmehr als der Mindestlohn, der jedem Arbeiter bezahlt werden muß. Infolgedessen kräuben sich auch die Unternehmer gegen allzu hohe Lohnunterschiede. Diese müssen, soweit durch außerordentliche Leistungen begründet, durch Zuschläge auf die Tariflöhne von den Arbeiterausschüssen selbst herbeigeführt werden. Geschieht dieses, dann kann auch den berechtigten Wünschen der Maschinenführer Rechnung getragen werden.

Zucker-Industrie

Zuckerpreise.

Der Preis einer Ware wird bestimmt durch das Verhältnis des Angebots zur Nachfrage. Diese Formel trifft nicht nur zu im freien Wettbewerb, sondern auch in der gebundenen Wirtschaft bis zu einem bestimmten Grad. Sie verliert ihre Gültigkeit erst unter der Gemeinwirtschaft, d. h. also in einem Staate, der weder privat- noch staatskapitalistische Wirtschaft kennt.

Auch in der Zuckerindustrie sind die Zuckerpreise in dem Maße gestiegen, wie das hergestellte Quantum zurückging. Die Grundlage für die Preisfestsetzung bleibt selbstverständlich die in die Produktion eingegangene Arbeit oder deren Wert. Als zweiter Faktor tritt dann der eingangs erwähnte Sach in Geltung.

Gleich nach Ausbruch des Krieges wurde der Zucker in staatliche Bewirtschaftung genommen. Für den Rohzucker wurde sofort ein fester Preis geschaffen, während der Verbrauchszucker zunächst noch ohne jede Beschränkung und ohne Festsetzung eines bestimmten Preises dem freien Handel überlassen blieb. Erst später setzte auch hier die volle staatliche Bewirtschaftung unter Zugrundelegung fester Preise ein. Die Ursache, weshalb nicht auch gleich der raffinierte Verbrauchszucker in die staatliche Bewirtschaftung einbezogen wurde, ergab sich von selbst aus der Tatsache, daß ungeheure Mengen von Zucker dem inländischen Verbrauch bei Ausbruch des Krieges zur Verfügung standen, da mit Kriegsbeginn jede Ausfuhr, die in den letzten Jahren fast die Hälfte der Erzeugung ausgemacht hatte, aufhörte, und die letzten Betriebsjahre zudem sehr reichliche Ernten gebracht hatten. Innerhalb eines Jahres aber waren die großen Vorräte, mit denen zum Teil recht verschwenderisch umgegangen wurde, erschöpft. Außerdem ging der Rübenanbau außerordentlich stark zurück, und die Erzeugung von Zucker fiel von 52 auf durchschnittlich 30 Millionen Zentner in den Kriegsjahren, im letzten Betriebsjahre auf 27 und dürfte im neuen Betriebsjahre auf nicht höher als 16-17 Millionen Zentner zu bewerten sein; aber auch nur dann, wenn es gelingt, durch genügende Kohlenbelieferung der Zuckerfabriken die zu erntenden Rüben reiflos aus Zucker zu verarbeiten.

Andererseits stieg gegenüber dem Rückgang der Erzeugung infolge des eingetretenen Fettmangels der Bedarf an Zucker, der nun nicht mehr gedeckt werden konnte. Der Rübenbau ging immer mehr zurück, da der Anbau anderer Feldfrüchte mehr Gewinn versprach. Nur durch fortwährenden Anreiz mittels hoher Rübenpreise gelang es, das völlige Eingehen des Rübenbaues zu verhindern. So kam es denn dazu, daß von Jahr zu Jahr steigende Herausforderungen der Zuckerpreise vorgenommen wurden, die besonders für das neue Betriebsjahr ganz außerordentlichen Umfang erreicht haben.

Die Entwidlung der Rohzuckerpreise zeigt die nachfolgende Aufstellung. Es wurden bezahlt bzw. vom Betriebsjahr 1914/15 durch Reichsverordnung festgesetzt (Grundlage 88 Prozent, ohne Sach, frei Magdeburg):

Betriebsjahr 1913/14	9,—	Mk. für den Zentner
" 1914/15	9,50	" " " "
" 1915/16	12,—	" " " "
" 1916/17	15,—	" " " "
" 1917/18	23,—	" " " "
" 1918/19	27,50	" " " "
" 1919/20	53,—	" " " "

Der im Betriebsjahr 1913/14 im freien Handel geltende Durchschnittspreis von 9 Mk. für den Zentner ist also allmählich um fast den sechsfachen Betrag durch Reichsverordnung erhöht worden. Die Reichsregierung erhofft von der letzten starken Herausforderung der Zuckerpreise, an der in entsprechendem Verhältnis naturgemäß auch die Rübenpreise teilnehmen, die so bringend notwendige Erhöhung des Zuckerrübenbaues. Diese Steigerung ist doppelt notwendig, einmal um den Bedarf an Zucker zu decken, die Bodenkultur und die Viehzucht durch Beschaffung von zuckerhaltigen Futtermitteln aus den Rübständen der Rübenverarbeitung zu heben, dann aber auch, um die Einfuhr größerer Mengen ausländischen Zuckers zu vermeiden, die natürlich von ungünstigem Einfluß auf den Stand unserer Saluta sein müßte.

Raffinierter Verbrauchszucker blieb bis in das Jahr 1915 hinein ohne behördliche Preisfestsetzung. Erst dann wurden auch Raffinaden voll in staatliche Bewirtschaftung genommen. Für die einzelnen Betriebsjahre ergeben sich die nachstehenden Preise (Grundlage gem. Meißel I, frei Magdeburg, ohne Sach): Im Betriebsjahr 1913/14 wurden im freien Handel anfangs 19 Mk. für den Zentner gezahlt. Vorübergehend senkte sich der Preis auf 18,50 Mk. und betrug dann 20 Mk. für den Zentner. 1914/15 setzte der Preis mit 19,50 Mk. für den Zentner ein, stieg dann auf 20,25 Mk. und schließlich auf 21,45 Mk. für den Zentner. 1915/16 (bereits unter staatlicher Bewirtschaftung) wurde der Preis auf 22,60 Mk., ohne Sach, für den Zentner festgesetzt. Vom Januar 1916 an trat ein Aufschlag von 10 Pf. für den Zentner für jeden weiteren Monat bis zum Mai ein, so daß sich dann der Höchstpreis auf 33,10 Mk. für die vier Monate Mai bis August 1916 stellte. Jedes Betriebsjahr brachte neue Preiserhöhungen, bis im Jahre 1918/19 der Preis auf 36,30 Mk. für den Zentner festgesetzt wurde; hinzu traten vom Januar 1919 an für jeden Monat 30 Pf. für den Zentner, so daß sich der Preis schließlich also bis auf 38,70 Mk. für den Zentner hob. Auch hier wurde der Mindestzuckerpreis um 6 Pf. ermäßigt, betrug tatsächlich also nur 30,30 Mk. bzw. 32,70 Mk.

für den Zentner. Der Industriezuckerpreis, ähnlich wie im vergangenen Jahre behandelt, steigerte sich dadurch auf über 48 Mk. für den Zentner. Im neuen Betriebsjahr 1919/20 ist jetzt der Preis für raffinierten Verbrauchszucker auf 75,30 Mk. für den Zentner festgesetzt worden. Vom Januar 1920 an tritt für jeden Monat ein Aufschlag von 5 Pf. für den Zentner, so daß sich der Preis am Ende des Betriebsjahres schließlich auf 79,70 Mk. für den Zentner stellen wird.

Bei allen diesen Preisen handelt es sich um den Preis ab Raffinerie. Die im Groß- bzw. Kleinhandel geltenden Preise werden entsprechend festgelegt. In den Betriebsjahren, in denen für den Verbrauchszuckerpreis monatliche Zuschläge gewährt wurden, hat auch der Rohzuckerpreis entsprechende Erhöhungen erfahren.

Es läge — so schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ — im Interesse der Gesamtwirtschaft unseres Volkes, wenn die letzte Preiserhöhung für das neue Betriebsjahr dazu führen würde, im nächsten Jahre eine starke Ausbreitung des Anbaues von Zuckerrüben herbeizuführen.

Ob dieser Wunsch in Erfüllung gehen wird, ist recht zweifelhaft, denn nicht die Bedürfnisse des Volkes regulieren die Höhe der Produktion, sondern der jeweils in Aussicht stehende Gewinn.

Verschiedene Industrien

Lohntarif für die Margarine- und Speisefett-Industrie.

Der im „Proletarier“ Nr. 19 dieses Jahres veröffentlichte Tarifvertrag hat durch erneute Verhandlungen wesentliche Änderungen erfahren, die wir nachstehend wiedergeben:

Vereinbarung.
Ueber die seitens des Fabrikarbeiterverbandes mit Schreiben vom 13. November 1919 übermittelte Forderungen der Arbeitnehmer wurde am Sonnabend, dem 6. Dezember 1919, zwischen dem Arbeitgeberverband der Margarine- und Speisefettwerke und den Vertretern der Arbeiterorganisationen verhandelt und folgende Vereinbarung getroffen:

1. sämtliche über die Höhe des Lohns vom 5. April 1919 seither gewährten örtlichen Zuschläge und Teuerungszulagen irgendwelcher Art kommen vom 3. Dezember 1919 an in Wegfall;
2. dagegen wird auf die in § 3 des erwähnten Tarifvertrages festgelegten Lohnsätze vom 1. Januar 1920 an bis zum 30. April 1920 ein Zuschlag von 60 Prozent gewährt;
3. soll von diesem Zeitpunkt an eine Veränderung der Löhne eintreten, so kann dies nur nach vorausgegangener einmonatiger Kündigung von Organisation zu Organisation geschehen;
4. wo bisher einschließlich von irgendwelchen Zuschlägen höhere Löhne als die sich nach obiger Vereinbarung ergebenden Beträge bezahlt werden, bleiben auch nach dem 1. Januar 1920 die jetzigen Löhne bestehen;
5. vorstehende Vereinbarungen beziehen sich auf alle diejenigen Firmen, welche bereits in eine bestimmte Lohnklasse eingereiht sind; wo dies noch nicht der Fall ist, sind angemessene Löhne, die den durch die obige Neuregelung geschaffenen Verhältnissen entsprechen, mit der Wirkung vom 1. Januar 1920 an durch örtliche Verhandlungen unter Hinzuziehung von Vertretern der beiderseitigen Organisationen festzusetzen;
6. im Sinne des § 4 des Tarifvertrages vom 5. April 1919 wird vom 1. Januar 1920 an nur die tatsächliche geleistete Arbeitszeit bezahlt. Wo Wochenlohn bezahlt wird, ist dieser unter Berücksichtigung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit und der neuen Stundenlöhne zu verrechnen und wird um die in einzelnen Wochen weniger geleisteten Arbeitsstunden verkürzt.

Berlin, den 6. Dezember 1919.
Arbeitgeberverband der Margarine- und Speisefettwerke, E. S. Rosenbaum - Dr. Fischer.
Fabrikarbeiterverband Deutschlands, Heinrich Sack.
Gewertverein der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter, H. Schöps.
Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter, F. Luhn.
Zentralverband der Nahrungs- und Genussmittel-Industrie-Arbeiter Deutschlands, Paul Körner.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Staatliche Arbeitslosenunterstützung für Saisonarbeiter.

Die Verordnung über die staatliche Erwerbslosenunterstützung vom 16. April 1919 befaßt im § 6, daß nur die „infolge des Krieges erwerbslos gewordenen Personen“ zu unterstützen sind. Diese Bestimmung ist von einer Anzahl von Fürsorgeauschüssen dahingehend ausgelegt worden, daß sogenannte Saisonarbeiter, wie Maurer, Steinsetzer und dergl., die später infolge von Witterungseinflüssen arbeitslos geworden sind, keine Unterstützung mehr erhalten.

Nach dem Buchstaben der Verordnung mag eine solche Auffassung zutreffend sein; daß sie dem Geiste derselben nicht entspricht, beweist das Verhalten anderer Fürsorgeauschüsse, die in solchen Fällen die Erwerbslosenunterstützung ausstandslos gewährt haben. Auf mehrere diesbezügliche Beschwerden einer Anzahl von Gewerkschaftsstellen hat sich der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 13. November an den Reichsarbeitsminister mit einer Eingabe gewandt, in der allgemein um eine weitbereitzere Auslegung der in Rede stehenden Verordnung gebeten wurde. Diese Eingabe hat den gewünschten Erfolg gehabt, wie sich aus nachstehendem Entscheid des Reichsarbeitsministers ergibt:

Von mehreren Stellen bin ich um eine Klärung gebeten worden, ob Arbeitnehmer, die infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse zu vorübergehender Einstellung der Arbeit gezwungen sind, Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben. Es handelt sich dabei vorwiegend um sogenannte Saisonarbeiter (Bau-, Erntearbeiter usw.). Die Träger der Erwerbslosenfürsorge haben Bedenken, die Vollunterstützung oder auch die Ergänzungsunterstützung nach § 9 Abs. 2 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge zu gewähren, weil sie in Aussicht sind, daß in diesen Fällen die Arbeitslosigkeit keine Kriegsfolge im Sinne des § 6 a. a. D. ist.

Im allgemeinen ist diese Ansicht zutreffend. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen die Saisonarbeiter vielfach Gelegenheit hatten, während der Zeit der Betriebs-einstellung Arbeit in einem anderen von Witterungseinflüssen unabhängigen Berufe anzunehmen. Diese Arbeitnehmer sind durch den gegenwärtigen Mangel an Arbeitsgelegenheiten in eine besonders kümmerliche Lage geraten.

Geht es ihnen nicht, während der Zeit der ungeschuldeten Arbeitslosigkeit wie bisher anderweitige Beschäftigung zu finden, so kann ihre Arbeitslosigkeit als Kriegsfolge angesehen werden...

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Internationaler Gewerkschaftsbund.

Der Vorsitzende der holländischen Gewerkschaftszentrale, Jan Dudegeest, und ihr Sekretär Edo Fimmen wurden auf der Amsterdamer internationalen Gewerkschaftskonferenz zu Sekretären des internationalen Gewerkschaftsbundes gewählt.

Die neue Adresse lautet nunmehr: Edo Fimmen, Amsterdam, Vondelstraat 61.

Deutschenhaß in einer englischen Gewerkschaft.

Unter dieser Überschrift haben wir kürzlich nach der „Holzarbeiter-Zeitung“ über einen eigenartigen Vorgang im englischen Möbelarbeiterverband berichtet. Drei deutsche Bildhauer, die vor dem Kriege dem Verband angehört hatten, während des Krieges interniert waren...

Nunmehr liegt das Ergebnis der Urabstimmung vor. Die Beteiligung war sehr schwach. Von rund 20 000 Mitgliedern haben nur 2957 abgestimmt, und davon stimmten 1650 für die Zulassung und 1307 dagegen. Der deutschfeindliche Antrag ist also abgelehnt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Dorndorf. Wer gewohnt ist, absolut zu herrschen, der möchte nichts von seinem Herrtum einbüßen und den Arbeitern keine Rechte zubilligen. Das ist auch der Fall bei dem Werkmeister Heinrich Kiebelgall der Sprengstoff-Fabrik Kieselbach bei Dorndorf a. Rhön.

Wiejaun. Die im März 1919 gegründete Zahlstelle Wiejaun hat sich zu einer angesehenen Bezirkszahlstelle entwickelt. Besonders im letzten Quartal, seit Kollege Junemann an der Spitze der Zahlstelle steht, werden die Agitation und die Organisation mit unermüdlichem Eifer betrieben.

Ebingen i. Harz. Am 8. Dezember ist ein Jahr verfloßen, seit unsere Zahlstelle besteht. Es war ja schon mehrere Male versucht worden, eine Zahlstelle zu gründen, die aber durch die Unmöglichkeit der Kollegen...

Niederschulze. Der ursprüngliche Verband der Kupfer- und Zinnarbeiter verlagert hier die Mitglieder unseres Verbandes und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für sich zu gewinnen.

Städte. Das es in der jetzigen Zeit noch Unternehmern gibt, die trotz der 4 Jahre Krieg, trotz der Revolution nichts gelernt haben und noch wie vor auf dem alten Herr-in-Herr-Sandkasten sitzen, sollte man für unmöglich halten...

Stundenlohn von 1,20 bis 1,30 Mk., den bestbezahlten Arbeitern 1 Mk., den Frauen 50—55 Pf. Der Schlichtungsausschuß fällt dann nach vielem Hin- und Her folgenden Spruch: Handwerker ist ein Stundenlohn von 1,90 Mk., Arbeitern von 1,60 Mk., Aleren Arbeitern von 1,40 Mk., Frauen von 1 Mk. zu zahlen.

Table with columns for items and amounts. Items include 29 Pf Kartoffeln (2,90 Mk), 2 1/2 Brot (8,50), 2 Marmelade (2,80), 1 1/4 Margarine (7,-), 1 1/4 Speck (5,-), 1 Kaffee-Erl (1,20), 2 Zucker (1,92), 1 Fleisch (3,-), 2 Fisch (2,60), 2 Erbsen, Granen zc. (2,50), 10 Gemüse (7,50). Summary: Summa 56,92 Mk.

Die Kosten betragen danach wöchentlich 103,76 Mk., wenn sich eine Familie nur das bescheidenste, was diese Ausstattung enthält.

Wir möchten diese Anstellung den Kollegen der Kallindustrie aufs wärmste zum Studium empfehlen, und können sie auch dementsprechend ihre Forderungen bei kommenden Lohnverhandlungen danach aufstellen.

Wiejaun. Die im März 1919 gegründete Zahlstelle Wiejaun hat sich zu einer angesehenen Bezirkszahlstelle entwickelt.

Wir möchten diese Anstellung den Kollegen der Kallindustrie aufs wärmste zum Studium empfehlen, und können sie auch dementsprechend ihre Forderungen bei kommenden Lohnverhandlungen danach aufstellen.

Rundschau.

Einem Anruf an die Dummheit. Er läßt eine ungenannte Person, die sich „Verband der Schieferarbeiter und Grubenarbeiter“ nennt, entwerfen ist der Unbekannte ein Selber oder ein Kommunist?

Eingegangene Schriften.

Reisen und Abenteuer. Unter diesem Titel handelt der Verlag A. A. Brockhaus in Leipzig eine Sammlung illustrierter Skizzen- und Jugendbüchlein an und mit und gleich mit den ersten drei Bänden an den Plan.

in Deutschland eingelebt, und diese neue Ausgabe wird ihre Verbreitung nur noch vergrößern, besonders da hier ein zweiter Band „Trankhimalaja“ (Neue Abenteuer in Tibet) hinzutritt.

Das Recht der Übergangszeit. Von Gerichtsassessor Dr. Flatow, Referent im Reichsministerium. Verlag: Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H. Berlin SW 48, Wilhelmstr. 9. Preis 2,50 Mk.

Verbandsnachrichten.

Table listing contributions from various regions. Columns: Name, Amount. Total: Summa 103,76 Mk.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

Table with columns: Zahlstelle, pro Woche für männliche Mitglieder, weibliche Mitglieder, Die Erhöhung tritt in Kraft am. Lists 20 locations.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

- Alterleben. 1. Bev. Max Barth, Staßfurter Höhe 468. Okerburg (Altmark). (Neue Zahlstelle.) 1. Bev. Karl Fied, Paimstraße 9; 2. Bev. Willi Schütz, Werbenstraße 15.

Die Zahlstelle Hanau

sucht zum baldmöglichsten Eintritt einen tüchtigen Geschäftsführer. Bewerber haben einen selbstgeschriebenen Lebenslauf und eine Abhandlung über das Thema: „Welche Aufgaben hat der Geschäftsführer einer Zahlstelle?“ an A. Braun, Frankfurt a. M., Alterbühlengasse 53, einzuliefern.